Morgen-Ausgabe B.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M.; Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.

Durch die Post bezogen: (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5,25 M., monatlich 1,75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.

Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 234. Sonnabend 24. August 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* König Friedrich August besuchte gestern Rabenau und Saalhausen. (S. Sachsen.)

* Wie offiziös aus Schwerin verlautet, sind Verhandlungen eingeleitet zum Anschluß der mecklenburgischen Staatsbahnen an die preußisch-hessische Staatseisenbahngemeinschaft.

* Morenga befindet sich wahrscheinlich am Oranjefluß. (S. Tasche. Kol.)

* Als liberaler Kandidat für die bevorstehende Landtagsersatzwahl in Geestemünde-Lehe an Stelle des verstorbenen Geheimrat Dr. Brandt ist der Direktor der Deutschen Nationalbank in Berlin, Geheimrat Witting aufgestellt worden.

* Den Preis im Fürstenberg-Memorial zu Baden-Baden (45 000 ℳ) gewann „Sejan" (G. Stern). (S. Sport.)

* Eine Note der „Agence Havas" dementiert die Nachricht, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Spanien hinsichtlich der Expedition nach dem Innern Marokkos entstanden seien. (S. Ausl.)

Ledebour triumphans.

Ledebour im Reichstage über Kolonialpolitik seine Sprüche der Weisheit predigen zu hören, ist unerquicklich, in dem Maße, daß die Abgeordnetenbänke wie die Tribünen sich stets rapid leeren. Zugegeben, daß die amusische Sprechweise, der schreckhaft dozierende Ton, die gezogene, überpronoucierte Satzbildung, die üble Arroganz der Besserwisserei ihr gut Teil daran schuld haben. Aber es bleibt auch inhaltlich immer noch genug Peinliches, um die Flucht des Auditoriums zu rechtfertigen. Jeder Herero, Hottentotte und Dvambo, und sei er der ärgste Missetäter, der deutsche Landsleute bestialisch ermordet haben kann, ist der Ledebourschen Protektion sicher. Und unsere Ansiedler, Kaufleute und Soldaten sind natürlich Scherzen des Kapitalismus. Daß es auch innerhalb der Sozialdemokratie, der deutschen wie der ausländischen, einsichtigere Elemente gibt, die unter Bekämpfung kolonisatorischer Mißstände doch die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Kolonialpolitik anerkennen, war schon immer bekannt, auch daß Bernstein und David zu ihnen gehören. Aber nun sind diese Elemente in Stuttgart unterlegen, und die Ledebourssche Richtung hat gesiegt. Zunächst war es ein recht knapper Sieg, denn das Amendement der Radikalen, das in der vorbereitenden Kommission keine Majorität erhalten hatte, wurde am Donnerstag in der Plenarsitzung mit 127 gegen 108 Stimmen angenommen. Die deutsche Delegation stimmte, unbekümmert um Ledebour und seinen Freund Kautsky, dagegen. Als dann aber über die ganze Kolonialresolution mit dem verschärfenden Amendement abgestimmt wurde, fielen die Deutschen um und nahmen den Unsinn mit an. Ledebour triumphans!

Die Gegensätze, um die es sich dabei handelt, sind kurz folgende. Die gemäßigten Kolonialgegner, zu denen die Holländer, Deutschen, Oesterreicher, ein Teil der Franzosen und Engländer, die Dänen u. a. gehörten, wollten im ersten Teil ihrer Resolution den wichtigen Satz angenommen wissen: „Der Kongreß verwirft nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wird wirken können." Die siegreichen Radikalen aber haben dafür die Sozialdemokraten auf den Glaubenssatz festgelegt, alle Kolonialpolitik sei Verbrechen und eine spezifisch sozialistische Kolonialpolitik genau so verwerflich wie eine kapitalistische. Ihr Amendement besagt dementsprechend: „Der Kongreß ist der Ansicht, daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß". Die Verwerfung auch jeder sozialistischen Kolonialpolitik steht nicht ausdrücklich in dem angenommenen Amendement, wurde aber in der Debatte als Ansicht der Radikalen zweifellos festgestellt. So sagte Kautsky: „Kolonialpolitik bedeutet die Eroberung und gewaltsame Festhaltung eines Landes. Ich bestreite, daß Demokratie und Sozialpolitik mit Eroberung und Fremdherrschaft etwas zu tun haben." Und weiter sagte er: „So sehen wir, daß überall, wo Kolonialpolitik besteht, es nicht zur Hebung, sondern zur Depression der Völker kommt. Auch ein sozialistisches Regime könnte daran nichts ändern." Aber was wollen nun eigentlich diese Leute? Sogenannte kapitalistische Kolonialpolitik wollen sie nicht, sozialpolitische auch nicht. Auch darüber hat sich Kautsky ausgelassen, indem er erklärte: „Wenn wir zivilisatorisch auf Kulturvölker wirken wollen, so ist die erste Notwendigkeit, daß wir Vertrauen gewinnen. Und dies gewinnen wir nur dadurch, daß wir ihnen Freiheiten geben." Und dieser methodische Unsinn hat in Stuttgart jegliche Anwandlung von Vernunft besiegt. Die van Kol, Bernstein, David mochten dagegen anführen, was sie wollten. Auch das allererste Argument verfing nicht, daß die mit Freiheiten zu begnadenden Naturvölker von Erschaffung der Welt an bis zu dem Moment der Okkupation doch eigentlich Zeit genug gehabt hätten, um sich auf eine höhere Kulturstufe zu entwickeln, wenn sie dazu aus sich heraus überhaupt fähig wären. Mit dem Aufhören jeglichen fremden, zwangsweisen Einflusses auf die Eingeborenen wird der Rückfall in die Barbarei eine Naturnotwendigkeit. Der holländische Genosse van Kol hat mit allen Waffen der Satire und den Argumenten der Vernunft, der Erfahrung und der Menschenkenntnis gegen die Doktrinäre angekämpft. Er hat den deutschen theoretischen Kolonialsimplern und Kannegießern die bittersten Wahrheiten gesagt. Die deutsche Sozialdemokratie habe ihre Pflicht den Eingeborenen gegenüber nicht erfüllt, sich überhaupt praktisch nie um sie gekümmert. Es ist ja bekannt, daß die Sozialdemokratie immer nur Schmähreden für den Parlamentarier übrig gehabt hat, die sich bemüht haben, einen eigenen Einblick in die kolonialen Verhältnisse zu gewinnen. Ihr Hauptexperte, Herr Ledebour, redet von all den kolonialen Angelegenheiten, ohne die geringste praktische Erfahrung. Er lehnt sie sogar ausdrücklich ab als unnütz, als schädlich. „Gebt den Eingeborenen Freiheiten, und die Idylle ist fertig." Das ist die in Stuttgart zum sozialdemokratischen Lehrsatz erhobene Anschauung Kautskys und Ledebours. van Kol freilich, der Verfechter der abgelehnten Resolution, ist ein wenig anderer Ansicht:

„Wir sollten die Maschinen und Werkzeuge nach Afrika bringen! Büchertheorie! Damit will er das Land zivilisieren! Wenn wir nun eine Maschine zu den Wilden Zentralafrikas bringen, was werden sie damit tun? Vielleicht werden sie einen Rundtanz darum aufführen (Große Heiterkeit) oder auch die große Zahl ihrer Abgötter um einen vermehren. (Heiterkeit.) Vielleicht sollen wir auch noch Europäer hinschicken, die die Maschinen treiben. Was die Eingeborenen mit ihnen machen würden, weiß ich nicht. Aber vielleicht machen Kautsky und ich den Versuch, vielleicht gehen Theorie und Praxis Arm in Arm mit den Werkzeugen und Maschinen in das wilde Land. Vielleicht werden die Eingeborenen unsere Maschinen zerschlagen, vielleicht werden sie uns auch totschlagen oder gar fressen und dann (sich über den Bauch streichend) fürchte ich, daß ich vor Kautsky den Vorrang habe. (Heiterkeit.) Wenn wir Europäer mit Werkzeugen und Maschinen dahin kommen, wären wir die wehrlosen Opfer der Eingeborenen. Deshalb müssen wir mit Waffen in der Hand dorthin kommen, auch wenn Kautsky das Imperialismus nennt."

„Sehr wahr" haben die Freunde van Kols gerufen, darunter wahrscheinlich die deutschen Delegierten mit Ausnahme von Ledebour und Kautsky. Und als sie nachher sahen, daß sie mit 19 Stimmen in der Minderheit waren, da unterwarfen sie sich alle lautabliter, taten der Vernunft und ihrer besseren Einsicht Gewalt an und stimmten für die Resolution der Majorität. Es lebe die Logik und die Mannhaftigkeit! Diese Ironie ist berechtigt, denn es gibt keinen Uebergang zwischen der Ansicht der unterlegenen Minorität und der Weisheit der Majorität. Wer wie Bernstein erklären kann: „Wir müssen von der utopischen Idee abkommen, die dahin geht, die Kolonien zu verkaufen. Die letzte Konsequenz dieser Anschauung wäre, daß man die Vereinigten Staaten den Indianern zurückgäbe. (Unruhe.) Die Kolonien sind da. Damit muß man sich abfinden. Eine gewisse Vormundschaft der Kulturvölker vor Nichtkulturvölkern ist eine Notwendigkeit, die auch Sozialisten anerkennen sollten. Lassalle und Marx haben das auch anerkannt" — der kann unmöglich dem Ledebourschen Radikalismus zustimmen, ohne sich selbst ins Gesicht zu schlagen. Der kann auch seine Handlungen, seine praktische Stellung zur Kolonialpolitik nicht mit dem Stuttgarter neuen Dogma in Einklang bringen, solange er noch einen Rest von Stolz und eigenem Willen besitzt. Indessen sehen wir aufs neue die Analogie zwischen der Sozialdemokratie und der katholischen Hierarchie bestätigt. Den unfehlbaren Dogmen hat sich alle Welt zu fügen. So steht die Freiheit der Ueberzeugung in der Sozialdemokratie aus. Und über ihr schwebt, stolz im Gefühl des errungenen Sieges, Ledebour als Triumphator. Wenn es nicht zum Lachen wäre, dann wäre es zum Weinen.

Semmering.

(Von unserem römischen P.-Korrespondenten.)

Es handelt sich um die letzte der Zusammenkünfte im — August. Und da sie die zweite Seite der Zusammenkunft von Desio ist, mit der der ganze Tanz von Zusammenkünften eingeleitet wurde und von der er in hohem Grade einen konkreten Sinn erhielt, so wird der Leser einsehen, daß ihm ein bezüglicher Sermon unmöglich erlassen werden kann.

Auf dem Semmering wird das zu Ende geführt und bestätigt werden, was in Desio begonnen und nur provisorisch vereinbart worden ist. Das heißt: was die albanischen Angelegenheiten betrifft; denn das Freundschafts- und bundesgenössische Vertrauensverhältnis im allgemeinen ist zwischen den diplomatischen Kanzleien Oesterreichs und Italiens bereits hergestellt und wird die erwünschte Ergänzung durch eine persönliche Begegnung der beiden Herrscher in absehbarer Zeit nicht erhalten. In den balkanischen Angelegenheiten nun hat inzwischen England sein wichtiges Wort in Ischl gesprochen, das Deutsche Reich hat seine Passivität bestätigt, Rußland ist im Einverständnis mit Oesterreich, Frankreich hat neben England und Rußland auf diesem Felde keine Sondermeinung. Auch Bulgarien und Griechenland mit mehr, Serbien mit minder Glück haben ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen gesucht. Das Bulletin von Desio sprach aus, daß die Grundlage des österreichisch-italienischen vollen Einvernehmens sich nicht nur auf die Gegenwart, sondern auch auf alle Eventualitäten der Zukunft beziehe. Das Bulletin von Ischl sprach sodann von einer Gleichheit der Anschauungen zwischen Oesterreich und England über die der Hohen Pforte zu machenden Vorschläge und über die Behandlung und Beurteilung des revolutionären makedonischen Bandenwesens.

An dem allgemeinen Wunsche der Großmächte zur Erhaltung des status quo auf dem Balkan ist kein Zweifel, und man darf sogar ohne weiteres damit rechnen, daß die Großmächte auch gewissen äußeren Nötigungen zur Umstoßung des status quo nach Möglichkeit entgegenwirken werden. Darüber hinaus können die Mächte natürlich nicht, und wenn sie schon heute auf das Prinzip des Gleichgewichts verweisen zu müssen glauben, so kann das nur bedeuten, daß sie bereits gewisse Eventualitäten sehen, in denen an die Stelle des heutigen territorial-politischen Verhältnisses etwas Neues gesetzt werden muß, dem sie eben das Merkmal des Gleichgewichts der Kräfte in weiser Voraussicht von vornherein geben möchten. Daß das eventuelle Neue die staatliche Selbständigkeit der balkanischen Völkerschaften auf der Basis der Nationalität sein würde oder müßte, hat uns Herr Tittoni bereits am 18. Dezember vorigen Jahres im Rahmen seiner Rede in der Deputiertenkammer verraten, und wir haben auch bereits an der zwischen Oesterreich und Italien vor vier Jahren vereinbarten eventuellen Erweiterung der heutigen Grenzen Albaniens bemerken können, daß sich die Mächte mit der Determinierung der Nationalitäten nicht so viel Kopfschmerzen machen, als die nationalistischen Agitatoren und Historiker ihnen zumuten. Der nationale und der Gleichgewichtsgesichtspunkt — Oesterreich behält natürlich ganz phrase Bosnien und Herzegowina — zeitigt zwar auch bei den offiziellen Vertretern Bulgariens, Serbiens und Griechenlands verschiedene Annahmen über die Zugehörigkeit gewisser Territorien, aber sie würden sich mit einer von den Großmächten übereinstimmend gegebenen Anerkennung eines Teiles ihrer bislang doch nur akademischen Ansprüche ebenso zufrieden geben, wie die nationalistischen Banden, die ihr Unwesen im letzten Grunde nur im Sinne nationalistischer Forderungen treiben und mit der Erfüllung dieser Forderungen, wie von seiten ihres obersten Führers Ricciotti Garibaldi ausgesprochen worden ist, den Existenzgrund verlieren. Der spezielle Hinweis in dem österreichisch-englischen Communiqué auf die Behandlung und Beurteilung des makedonischen Bandenwesens scheint um so eher darauf hinzudeuten, daß eine solche Lösung des makedonischen Problems — und nicht bloß eine simple und fragwürdig diplomatische Empfehlung an Griechenland und Bulgarien zur strengeren Beaufsichtigung ihrer Banden — vereinbart worden ist, als England stets der Befürworter der radikaleren Methode in Makedonien gewesen ist und Italien wenn nicht im Auftrage, so zumindest mit Wissen und Willen Englands vorgeht. Für die Türkei, deren Integrität in diesen Tagen so viele Worte gewidmet worden sind, geschähe solchermaßen auch nichts besonders Uebles, sondern sie würde nur, in Anbetracht nämlich der entschiedenen Vorbehalte ob der Stützung und Pflege des politischen status quo, ein wenig moralisch choquiert, wie ihr das nachgerade des öfteren bereits begegnet ist.

Möge nun die nationalistische Determination der makedonischen Territorien jetzt geschehen oder nicht, so bliebe doch die Aufgabe der energischen Fortführung jener in Mürzsteg von Oesterreich und Rußland als den Beauftragten der Firmatare des Berliner Vertrages vereinbarten und von ihnen sowie von Italien verwirklichten Reformen trotz ihres bisher nur geringen Erfolges unberührt. In dieser Beziehung sind sich die Mächte einig, und auch England, das bisher diesen Reformen das größte Hemmnis zu bereiten pflegte und sich am skeptischsten öffentlich über sie ausgesprochen hat, ist nicht dawider. Jetzt handelt es sich darum, eine größere Sicherheit für die Rechtspflege in Makedonien zu schaffen und das, was die Pforte im Frühjahre bereits „aus eigenem Antriebe" in dieser Richtung unternommen hat, zu verbessern und durch die Autorität der Großmächte zu kräftigen. Bei dieser Justizreform wie bei den früheren Reformen werden die kontrastierenden realpolitischen Interessen der Großmächte wiederum sich zum Worte melden, aber es ist so gut wie sicher, daß man sich ohne allzuviele diplomatische Umstände einigen und der Türkei das ebenso seltene wie überzeugende und heilsame Bild einer gewissen gesamteuropäischen Balkanpolitik darbieten wird.

Italien kann nicht mehr wollen und will auch nicht mehr, als daß auf dem Balkan entweder die Türkei oder die balkanischen Nationalitäten die politische Macht haben und daß ihm eine Möglichkeit zur Beteiligung an der Ausführung der makedonischen Reformen gegeben werde, die es mit Recht oder Unrecht als ein Mittel für österreichische und russische Avancen angesehen hat. Oesterreich sieht sich veranlaßt, diese de facto längst bestehende und de jure nur unter peinlichen Umständen abzulehnende italienische Beteiligung im Einverständnis mit Rußland einzuräumen, und es erachtet im übrigen den Ruf, über Bosnien und Herzegowina hinaus politische Eroberungen für sich selbst anzustreben, nicht für wertvoll genug, als daß es ihn nicht im Interesse des wechselseitigen Vertrauens der europäischen Staaten und des guten Verhältnisses zu Italien durch eine entschiedene Handlung preisgeben sollte.

*

Aus Semmering wird hierzu telegraphisch gemeldet: Gestern vormittag um 10 Uhr holten Frhr. v. Aehrenthal und Sektionschef Frhr. v. Call den Minister Tittoni ab und begaben sich in die Villa Helmer, wo ein Photograph ein Gruppengedenkbild aufnahm. Hierauf besichtigten die beiden Minister das Semmeringpanorama. Um ½12 Uhr fuhren die beiden Minister in Begleitung des italienischen Botschafters Herzogs zu Avarna und des Prinzen Franz v. Lichtenstein im Automobil des Botschafters am Quirinal, Graf Lützow, nach dessen Schloß Strelitzhof, wohin sich die anderen geladenen Herren per Eisenbahn begaben.

Deutsches Reich.

Leipzig, 24. August.

* **Der Kaiser** unternahm gestern morgen um 8 Uhr einen Spazierritt in Begleitung des am frühen Morgen aus Potsdam auf drei Tage hier eingetroffenen Prinzen Oskar und der Prinzessin Victoria Luise. Von 9¼ Uhr ab hörte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts, sodann denjenigen des Generaldirektors der Museen Geheimen Rats Dr. Bode und des Architekten Geheimen Rats Messel im Beisein des Chefs des Zivilkabinetts. Um 12¾ Uhr empfing der Kaiser den Pfarrer Weber mit dem Presbyterium der Christus-Kirche aus Kassel. Zur Frühstückstafel war der Botschafter Graf Wolff-Metternich geladen.

* **Von der Kaiserin.** Das Befinden der Kaiserin ist andauernd gut. Die Verletzung stellt sich als eine nicht gefährliche Zerreißung der Krampfader im oberen Teile des linken Oberschenkels dar. Da die Patientin ständig liegen muß, ist bereits eine mit Rädern versehene Chaiselongue angefertigt worden, auf der die Kaiserin in ihren Gemächern umhergefahren wird, und von der aus sie die Mahlzeiten einnimmt.

Mp. **Kaisermanöver.** Ursprünglich wollte der Kaiser am 8. September in Höxter eintreffen, in der darauf folgenden Nacht in Schloß Corvey und dann bis zum 11. September in seinem Absteigehaus unter den Truppen wohnen. Jetzt, wo nach dem Unfall der Kaiserin das kaiserliche Hauptquartier in Wilhelmshaven bleibt, dürfte in diesen Plänen mancherlei Aenderung eintreten. Höxter selbst wird mit der Oberleitung die etwa 40 Vertreter der Presse beherbergen, die für deutsche und ausländische Zeitungen über die drei Kaisermanövertage berichten sollen. Auch 17 Herren des Deutschen Freiwilligen-Automobilkorps sind dort einquartiert. Die fürstlichen Manövergäste, darunter der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch von Rußland und Prinz Leopold von Bayern, werden ebenso wie die fremdherrlichen Offiziere und andere Zuschauer in Kassel im königlichen Palais, in den Hotels und bei einzelnen Privatleuten untergebracht werden und sich allmorgendlich über Warburg mit der Eisenbahn in das Manöverterrain begeben. — Die Dispositionen der Manöverleitung sind in diesem Jahre erfolgreich so geheim gehalten worden, daß außerhalb des Generalstabes selbst die beteiligten hohen Offiziere über die Stärkeverhältnisse, das genauere Gelände, wo gekämpft wird, die Art der Aufgabenstellung keinerlei Anhaltspunkte besitzen. Die so angestrebte besondere und hohe Kriegsmäßigkeit der diesjährigen Uebungen ist am 18. August bei Gelegenheit der Fahnenweihe in Kassel vom Kaiser den beiden Kommandierenden des VII. und X. Armeekorps gegenüber, den Generalen der Kavallerie Frhrn. v. Bissing und v. Stünzner, scharf betont worden.

* **Mittelstandsvereinigung und sächsische Wahlrechtsreform.** Die sächsische Mittelstandsvereinigung nimmt in einer längeren Erklärung Stellung zu dem Wahlrechtsgesetzentwurf der sächsischen Regierung. Anzustreben sei in erster Linie ein berufsständisches Wahlrecht, das nicht Einzelwünschen, sondern den feststehenden Interessen großer Berufsgruppen Rechnung trage. Trotzdem erscheine die Regierungsvorlage als geeignete Grundlage für eine Wahlreform. Nur müßten Gewerbetreibende, die zur Gewerbekammer wahlberechtigt und weniger als 1600 ℳ Jahreseinkommen haben, ebenso wie die Landeskulturratswähler eine Zusatzstimme erhalten, da sonst 78 v. H. des gewerblichen Mittelstandes nur eine Stimme hätten. Diese Forderung ist unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Die Wahl von 40 abgeordneten durch die Kommunalverbände wird als glücklicher Gedanke bezeichnet, nur wird gleichzeitig eine Abänderung des Wahlrechts zu den Bezirksversammlungen verlangt, wo der große Einfluß der Höchstbesteuerten zugunsten des Mittelstandes gemindert werden müsse.

* **Eine beleidigte Partei.** In der bekannten Strafsache gegen den sozialdemokratischen Redakteur Pfeufer-Jena von der „Weimarer Volkszeitung" wegen des im Wahlkampfe 1907 veröffentlichten Inserates mit der Ueberschrift „Die Nationalliberalen als Urkundenfälscher" verurteilte gestern die Geraer Strafkammer den Angeklagten zu 50 ℳ oder fünf Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten.

* **Die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratie.** Nach dem im „Vorwärts" für den sozialdemokratischen Parteitag veröffentlichten Jahresbericht ist die Partei jetzt in den einzelstaatlichen Land-

SLUB
Wir führen Wissen.